



Was gesagt werden muss, muss gesagt werden, und was getan werden muss, muss getan werden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in vielen Gesprächen, Verhandlungen, Diskussionen, durch etliche Schreiben sowie Positionierungen und Aktionen, wie zuletzt am Rande der Klausur der Landesregierung, haben wir als GdP gegenüber der Politik Forderungen gestellt, die sich aus den berechtigten Ansprüchen aus der Kollegenschaft ergeben, in unseren gewerkschaftlichen Beschlusslagen nachlesbar sind und die angegangen werden müssen.

Kurz vor den Sommerferien in Niedersachsen hat die Landesregierung am 19./20. Juni den geplanten Doppelhaushalt für die Jahre 2017/2018 besprochen. Doppelhaushalt bedeutet, dass es nächstes Jahr keine Haushaltsberatungen geben wird, es sei denn, wegen besonderer Situationen würde ein Nachtragshaushalt notwendig sein, wie 2015 aufgrund der Flüchtlingssituation. Die GdP Niedersachsen sieht beim geplanten Doppelhaushalt der Landesregierung für die Jahre 2017 und 2018 im Polizeibereich einige positive Ansätze, allerdings gibt es weiterhin bestehende Herausforderungen.

Der jetzt vorgelegte Regierungsvorschlag wird im Landtag diskutiert und die Haushaltsplanung dann Ende 2016 durch den Landtag insgesamt verabschiedet. Insofern sind Veränderungen noch möglich, denn die Regierungsfractionen aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen bekunden immer, dass sie eigenständig sind und auch unabhängig von der Landesregierung Haushaltsansprüche haben. Insofern werden wir als GdP nunmehr weitere Gespräche mit den Regierungsfractionen führen, um notwendige Verbesserungen, die über die Vorschläge der Landesregierung hinaus wichtig sind, zu realisieren. Ob das gelingen wird, wird sich zeigen.

Bewertung des Regierungsentwurfes zum Doppelhaushalt

Die zusätzliche Einstellung von jeweils 150 Anwärterinnen und Anwärtern bei der Polizei im nächsten und übernächsten Jahr war eine Forderung der GdP und darum wird dies begrüßt. Allerdings darf auch in den Folgejahren von diesen Vorratseinstellungen nicht abgewichen werden.

Das angekündigte 250er-Stellenhebungsprogramm von A 9 nach A 11, mit daraus resultierenden 500 zusätzlichen Beförderungen (je 250 von A 9 nach A 10 und von A 10 nach A 11) die Erhöhung der Zulage für Dienste zu ungünstigen Zeiten (DUZ) und die Wiedereinführung der Heilfürsorge ist grundsätzlich positiv, allerdings insgesamt zu wenig. Besonders die überlangen Wartezeiten bei den Beförderungen aus dem Eingangssamt A 9 nach A 10 werden dadurch nicht wirklich behoben.

Die Erhöhung beim DUZ liegt im Vergleich mit den anderen Bundesländern im Mittelfeld, entspricht dennoch nicht unseren Erwartungen, einige Details dazu müssen noch besprochen werden, wie z. B. die Dynamisierung von DUZ oder die Zahlung bei Folge Diensten an begonnene Nachtdienste und muss zudem noch dieses Jahr kommen. Unsere Forderung nach fünf Euro pro Stunde bleibt bestehen.

Mit der Wiedereinführung der Heilfürsorge wird die unumstrittene gefahrensgefährdete Tätigkeit des Polizeiberufes endlich wieder gewürdigt. Die GdP hat lange dafür gekämpft. Ein wichtiges Signal, wenn schon keine Rückkehr zur freien Heilfürsorge möglich erscheint. Die bisherige Eigenbeteiligung der langjährig im Polizeivollzugsdienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen von 1,6 Prozent ihres Bruttoeinkommens muss aber dringend gesenkt werden, da die Begründung der CDU/FDP-

Landesregierung für die 2005 durchgeführte Erhöhung (Praxisgebühr) seit 1. Januar 2013 weggefallen ist.

Eine Sonderzahlung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und somit natürlich auch bei der Polizei wäre bei den Dauerbelastungen der vergangenen Jahre – Flüchtlingssituation, Integration, Bildung und innere Sicherheit – ebenfalls angebracht, da diese zukünftig sicher nicht weniger werden. Dies ist seitens der Landesregierung überhaupt nicht angedacht worden.

Weitere wichtige Punkte fehlen zudem in der vorgestellten Doppelhaushaltsplanung der Landesregierung: bessere berufliche Perspektiven für Tarif und Verwaltung, Investitionen in moderne Technik und Schutzausstattung sowie in die überalterten Liegenschaften der Polizei.

Immer wieder müssen wir leider feststellen, dass es Diskrepanzen zwischen vor Wahlen getätigten Aussagen der Politik – unabhängig von der Farbenlehre – und dem anschließenden tatsächlichen Handeln gibt. Hierzu ein kurzer geschichtlicher Exkurs.

1990 bis Februar 2003 Lange her, aber nicht unwichtig: Nach der langjährigen CDU/FDP-Regierungszeit fand bei den Landtagswahlen 1990 ein Regierungswechsel hin zu Rot-Grün statt. Die GdP hatte 1989 im Vorfeld der Wahlen aufgrund der geringen Perspektiven für die Polizei eine Großdemonstration durchgeführt. Bis 1998 wurden etliche Verbesserungen, auch aufgrund von GdP-Forderungen, bei der Polizei durchgeführt. Ab den Landtagswahlen 1998 agierte dann eine SPD-Alleinregierung. Diese hat 1999 trotz massiven Widerstandes und Demonstrationen der GdP dennoch die Freie Heilfürsorge gestrichen. Das bedeutete, dass sich seitdem alle Polizeianwärter/-innen selbst versichern müssen, was für sie massive

Fortsetzung auf Seite 2



Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe **10/2016 bis zum 25. August 2016.**

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*



**Gut,
dass es
sie gibt.**

Gewerkschaft der Polizei

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Telefax (05 11) 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp.de

Redaktion:

Christopher Finck
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)
Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 396-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6454

Gehaltseinbußen zur Folge hatte, für die Älteren die Heilfürsorge zwar bestehen blieb, allerdings bei einer Eigenbeteiligung von 1,3 Prozent vom Bruttogehalt und somit auch eine Verschlechterung des Gehaltes darstellte. Diese Ungerechtigkeit hat die GdP im Vorfeld der Wahlen 2002 thematisiert. **Bei der Landtagswahl 2003 wurde die SPD abgewählt.**

2003 bis 2013 Die damalige CDU-Opposition hatte im Vorfeld der Wahlen 2003 viel versprochen, unter anderem der Öffnungsklausel, die für die Verschlechterungen verantwortlich ist, im Bundesrat nicht zuzustimmen. Dieses Versprechen überdauerte gerade einmal einen Monat, dann wurde es von Ministerpräsident Wulff und Finanzminister Möllring gebrochen. In der nun folgenden Zeit der CDU/FDP-Regierung von 2003 bis 2013 wurde auf dem Rücken der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und besonders bei der Polizei in einer noch nie dagewesenen Art und Weise weiter massiv eingespart, die Bedingungen zulasten der Kolleginnen und Kollegen verschlechtert und kaum Verbesserungen durchgeführt. Dadurch ist Niedersachsen auf den 14. Platz im Vergleich der Bundesländer, was die Bezahlung bei der Polizei anbetrifft, abgerutscht. Das Urlaubs- und Weihnachtsgeld wurde für nahezu alle Beamtinnen und Beamten abgeschafft, der Eigenanteil der Heilfürsorge um 0,3 auf 1,6 Prozent erhöht, die Lebensarbeitszeit um zwei Jahre verlängert, die Bereitschaftszeitenregelung verschlechtert sowie das von der GdP vor dem OVG Lüneburg erstrittene Urteil zur Auszahlung von 250 000 Castor-Bereitschaftsstunden ignoriert, das Bewegungsgeld geschliffen, im Tarifbereich etliche Verschlechterungen durchgeführt, der begrenzte A-11-Erlass eingeführt und auch keine Verbesserungen z. B. beim DUZ beschlossen und Weiteres. Vor der Landtagswahl 2013 hat die GdP gemeinsam mit GEW und ver.di vor der Staatskanzlei demonstriert und eine sozialere und bessere Politik eingefordert. **Bei der Landtagswahl 2013 wurden CDU und FDP abgewählt.**

Seit 2013 Auch die SPD-Opposition hatte im Vorfeld der Wahlen 2013 einiges versprochen, unter anderem hat die damalige Fraktion im Landtag bei den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2012 geäußert, das GdP-Attraktivitätsprogramm möglichst 1:1 umzusetzen. Vermutlich dachten die SPD-Landespolitiker bei dieser Aussage selber nicht daran, bei den Wahlen 2013 die Mehr-

heit zu erringen. So ist es aber nun mal gekommen und tatsächlich wurden auch einige Verbesserungen nach Gesprächen mit der GdP umgesetzt: 1500 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten (je 750 nach A 10 und 750 nach A 11), Vergütung der 250 000 Castor-Bereitschaftsstunden, gerechte Bereitschaftsregelung (1:1-Abgeltung), Abschaffung des begrenzenden A11-Erlasses, Vorratseinstellungen, Einrichtung einer Arbeitsgruppe Tarif/Verwaltung, Verbesserungen im Personalvertretungsrecht. **Aber:** Keine Rückkehr zu Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, keine Erhöhung von DUZ, keine Rückkehr zur Heilfürsorge, dafür aber das negative Besoldungsdiktat für 2015 und 2016 vor den Tarifverhandlungen 2015. Eine Verbesserung bei DUZ, die Rückkehr zur Heilfürsorge und ein Stellenhebungsprogramm sind nun für 2017 und 2018 vorgesehen.

Unser gewerkschaftlicher Einsatz hat sich gelohnt, wir können unsere erzielten Erfolge ruhig selbstbewusst benennen, denn ohne unsere Aktivitäten und ohne eine große Mitgliedschaft im Rücken wären die nicht erzielt worden. Dennoch bleibt noch vieles offen, was gemacht werden muss. Deshalb werden wir nicht müde, dies immer und immer wieder zu thematisieren.

Anfang 2018 sind wieder Landtagswahlen. Die GdP wird ihre Forderungen erneut öffentlich machen. Die Sicherheit in Niedersachsen wird von Menschen garantiert, die nicht selten angegriffen oder beleidigt werden und notfalls mit ihrem Leben dafür eintreten. Will man die Belastungen reduzieren, die Tätigkeiten gerecht bewerten, Perspektiven für alle Bereiche in der Polizei schaffen, die Arbeit wertschätzen und die Attraktivität für die in der Polizei beschäftigten sowie für zukünftige Kolleginnen und Kollegen verbessern, dann sind weitere Verbesserungen unumgänglich. Die freie Wirtschaft und andere Bundesländer sowie der Bund schlafen nicht und sind schon seit geraumer Zeit aktiv. Die Haushaltsberechnungen sind derzeit auch in Niedersachsen sehr positiv, also muss jetzt gehandelt werden.

Wir als die gewerkschaftliche Interessenvertretung für die Polizei bleiben dabei und handeln weiter danach: **„Was gesagt werden muss, muss gesagt werden, und was getan werden muss, muss getan werden!“**

**Dietmar Schilff,
GdP-Landesvorsitzender**



JUNGE GRUPPE

17. Niedersächsischer Behördenmarathon

Auch beim diesjährigen niedersächsischen Behördenmarathon am 15. Juni 2016 rund um den hannoverschen Maschsee unterstützte die JUNGE GRUPPE die Staffelläuferinnen und -läufer tatkräftig. Aber nicht nur diese erfreuten sich an der Anwesenheit der GdP-Jugendorganisation.

Insgesamt fast 1.750 äußerst motivierte Wettkämpferinnen und Wettkämpfer überquerten die Start- und Ziellinie, die besten Teams in rund zweieinhalb Stunden Gesamtlaufzeit. Das Rennen machte das „MHH Dream Team“ (2:29:58), welches auf den letzten Metern den Zweitplatzierten, „TEAM 1 Polizeidirektion Hannover“ (02:30:13), den Titel ab-

lief. Den dritten Platz belegte das Team „Police Academy Teil 1“ (02:32:59). Auffällig war, dass unter den ersten zehn Plätzen acht Stück seitens der Polizei bekleidet wurden. Insgesamt kann der Tag, trotz durchwachsenen Wetters, von allen Beteiligten als voller Erfolg verbucht werden.

Nicholas Browne / Red.



Urlaub 2016/17



Die Winterkataloge sind da!

Buchen Sie oder Ihre Angehörigen Ihren Winterurlaub in unserem Reisebüro mit

5 % Ermäßigung!

Eine kleine Auswahl einiger unserer Reisepartner...



GdP-Touristik
 Berckhusenstr. 133 a, 30625 Hannover
 Tel. 0511-530380 / Fax 0511-5303850
service@gdpservice.de / www.gdpservice.de



„Den Menschen mehr in den Blick nehmen“

Für die GdP gehört es zu den obersten Zielen, die Gesundheit der Polizeibeschäftigten zu schützen. Darüber, wie mit belastenden Einsätzen umgegangen werden kann, sprach das Landesjournal Niedersachsen mit Expertin Elke Flentge, die sich auch beruflich mit diesem Thema befasst und zudem langjähriges Mitglied der GdP ist.



Elke Flentge

Foto: privat

Frau Flentge, durch aktuelle Aufgaben im Bereich der Flüchtlingszuzüge sowie durch die Terrorgefahr haben sich die Belastungen für die Polizeibeschäftigten erhöht. Wie schätzen Sie die momentane Situation ein?

Den Einsatzkräften wurde schon immer eine qualitativ und quantitativ anspruchsvolle Einsatzbewältigung abverlangt. Durch die intensive Einbindung, insbesondere im Zusammenhang mit den Flüchtlingszuzügen und vor dem Hintergrund der veränderten Terrorgefährdung, bekommt die Polizeiarbeit eine neue Dimension. Ganz konkret und individuell haben die Einsatzkräfte dieses nach dem abgesagten Länderspiel in Hannover erlebt. Dieser Einsatz hat viele Kräfte mit einer neuen Qualität psychisch und physisch gefordert und zum Teil auch persönlich belastet. Das habe ich von vielen Kolleginnen und Kollegen so gehört, übrigens auch ganz unabhängig von ihren Dienstgraden. Auf die veränderten politischen und gesamtgesellschaftlichen Dynamiken wird zur Zeit mit ganz unterschiedlichen Maßnahmen, Konzepten, FEM und so weiter reagiert. Das finde ich gut. Eine professionell ausgestattete Polizei sowie stetig angepasste Einsatzkonzeptionen und -strategien werden maßgeblich dazu beitragen, dass sich die Polizistinnen und Polizisten in ihrer Arbeit sicherer fühlen. Bei diesem Gesamtpaket sollte jedoch der Mensch hinter der Uniform oder der Schutzausrüstung im besonderen Blickfeld stehen. Damit meine ich, dass auch eine Unterstützung der persönlichen Ebene mit in dieses Gesamtpaket eingebettet wird.

Was meinen sie damit genau?

In schwierigen Situationen werden wir alle mit uns selbst konfrontiert. Mit unseren ganz persönlichen Erfahrungen, Gedanken, Gefühlen, Ängsten, Unsicherheiten. Im Einsatz sind wir dann auf uns selbst gestellt und müssen damit allein umgehen. Das ist ganz nor-

mal. Das macht uns Menschen aus. Da unterscheidet sich die Polizistin oder der Polizist auch nicht von anderen Berufen. Das ist lediglich eine Rolle. Hinter dieser Rolle sind wir jedoch alle Menschen. Und da kann ich aus der Erfahrung beurteilen, dass es bei diesen sehr individuellen Empfindungen und Gedanken während eines Einsatzes auch überhaupt keinen Unterschied gibt zwischen Einsatz- und Führungskräften - bis in die oberste Ebene. Wenn ich als Einsatz- oder Führungskraft massiv unter persönlichen Stress gerate, Angst habe oder mich massiv unsicher fühle, hat das Auswirkungen auf mein persönliches Befinden und auch auf meine konkreten Handlungsmöglichkeiten.

Wie können die Kolleginnen und Kollegen ganz konkret dabei unterstützt werden, mit ihrem persönlichen Stress umzugehen?

Vorab möchte ich herausstellen, dass Stress eine ganz normale Reaktion des Körpers auf bestimmte Auslöser von außen oder innen ist. Bis zu einem bestimmten Grad benötigen wir den Stress auch, um körperliche und geistige Handlungen gut abrufen zu können. Jeder Mensch hat grundsätzlich auch Strategien zur Stressbewältigung. Diese können jedoch optimiert bzw. unterstützt werden. Darüber hinaus gibt es Möglichkeiten des persönlichen Stressmanagements bei zu viel akutem Stress. Ich habe dabei meinen Fokus auf dem „Umgang mit persönlichem Stress“. Dieser ist, wie ich bereits beschrieben habe, individuell sehr verschieden. Die entsprechenden Angebote zur Stressreduzierung unterscheiden sich daher zum Beispiel vom Einsatztraining des SET, das eine andere Zielrichtung hat. Die Unterstützungsmöglichkeiten, die ich hier anspreche, sind oft ganz prag-

matisch - und vor allem können sie auf die persönlichen Bedürfnisse abgestimmt werden. Auf der präventiven Ebene zum Beispiel durch Beratung von Einsatz- und Führungskräften, Trainings zum Selbstmanagement in Stresssituationen oder Informations- und Fortbildungsveranstaltungen. Bei besonders gelagerten Einsätzen kann eine direkte Begleitung im Einsatzraum oder eine individuelle psychosoziale Beratung sinnvoll sein. Das dient der Unterstützung sowohl der Einsatz- als auch der Führungskräfte. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Einsatznachbereitung mit Einzelpersonen oder Gruppen. Ziele dabei sind die individuelle Entlastung der betroffenen eingesetzten Kräfte, die Stärkung der Einzelnen beziehungsweise der Gruppe, die Reflexion von Grenzerfahrungen sowie die Auswirkung auf nachfolgende Einsätze. Dabei ist es wichtig, einen vertraulichen Rahmen zu schaffen, in dem über Belastungen, Stress und Ängste offen gesprochen werden kann. Für diese Unterstützungsangebote sind vor 17 Jahren in allen Polizeibehörden die Regionalen Beratungsstellen eingerichtet worden.

Nehmen jetzt, unter anderem nach dem abgesagten Länderspiel in Hannover, Einsatz- und Führungskräfte vermehrt Beratungsangebote in Anspruch?

In dem erwarteten Maß ist das nach meiner Einschätzung leider nicht so. Und da sehe ich auch eine ungeklärte Diskrepanz zu den Gesprächen, die ich informell und vertraulich führe beziehungsweise was ich sonst wahrnehme. Nach dem abgesagten Länderspiel haben mir viele Kolleginnen und Kollegen von ihren ganz persönlichen Ängsten und Unsicherheiten berichtet. Meist vertraulich und hinter vorgehaltener Hand, nicht offen. Ich finde es gerade in diesen dynamischen Zeiten wichtig, dass persönliche Themen einen angemessenen Raum bekommen - sie anzusprechen, zu diskutieren und wenn gewünscht, Unterstützungsangebote wahrzunehmen. Ich nehme wahr, dass das leider noch immer nicht durchgängig in unserer Polizeiorganisation gelebt wird. Die Gründe für die Zurückhaltung sind da sicherlich vielschichtig. Ich fände es interessant, dem Phänomen einmal auf den Grund zu gehen. Mein Wunsch ist, dass es zur professionellen Einsatzbewältigung ganz selbstverständlich dazu gehört beziehungsweise Standard wird, die persönliche, psychosoziale Ebene mehr mit einzubeziehen; den Menschen hinter der Uniform mehr in den Blick zu nehmen. Und dieses nicht erst, „wenn der Kopf bereits unter dem Arm“ ist.



KOMMENTAR

Neue Lage, neue Belastungen

Aus der aktuellen Mitarbeiterbefragung der Polizei geht hervor, dass sich 25 Prozent der Beschäftigten überfordert oder weit überfordert fühlen. In einer anschließenden GdP-Pressemittteilung haben wir angemerkt, dass dieser Wert viel zu hoch ist, und umgehend Konsequenzen gefordert. Diese Überforderung zeigt sich nicht nur körperlich bedingt, sondern basiert vermehrt auch auf Stress und Belastungsfaktoren der Psyche.

Die veränderte Gefährdungslage aufgrund von Anschlägen in Europa trägt ebenfalls dazu bei,

dass die psychischen Belastungen erheblich sind. Ich erinnere nur an die Absage des Karnevalsanzuges in Braunschweig und die Absage des Fußball-Länderspiels in Hannover im vergangenen Jahr. Wir als GdP haben am Tag der geplanten Partie Deutschland gegen die Niederlande auf ein bestehendes „Bauchgrummeln“ bei den Einsatzkräften hingewiesen. Eingesetzte Kolleginnen und Kollegen konnten bestätigen, dass sie sich unwohl gefühlt haben – was sehr gut zu verstehen ist. Mir ging es ebenso, als ich kurz vor Öffnung der Stadiontore die Absage bei der Einsatzleitung im Stadion und die Evakuierung miterleben musste. Der Innenminister sprach am darauffolgenden Tag sogar davon, dass er etliche Kurz-

nachrichten erhalten habe, mit denen ihm Kolleginnen und Kollegen von Angst berichteten, die sie gehabt hätten.

Neben der notwendigen Verbesserung der persönlichen Schutzausstattung und der Optimierung von SET auf die neue Lage muss dringend auch intensiver im Bereich Krisenintervention, Stressverarbeitung und Umgang mit persönlichen Belastungen im Zusammenhang mit Einsätzen gearbeitet werden. Die RBS'en haben hier die Kompetenz. Diese Kompetenzstellen sollten intensiver genutzt werden. Die GdP wird sich dafür einsetzen.

Dietmar Schilff



ab 109 €
in der Meerblickkabine!



Auszeit gewünscht?

Unser einmaliges PSW-Angebot – greifen Sie jetzt zu!
Reisetermin 28. bis 30. November 2016

Leistungen:

- Seereise Kiel – Oslo – Kiel
- 2 x Übernachtung in Zwei-Bett- oder Doppelbett-Kabine mit DU/WC und Meerblick
- 2 x reichhaltiges Frühstücksbuffet an Bord
- Täglich wechselndes Showprogramm

Zubuchbar:

- Stadtrundfahrt Oslo Highlights für 38,90 € p. P.
- Abendbuffet – skandinavisches Weihnachtsbuffet für 48,10 € p. P. / Strecke

GdP-Mitgliederservice

GmbH NIEDERSACHSEN

Weitere Informationen und Anmeldungen

GdP-Touristik

Berckhusenstr. 133 a

30625 Hannover

Tel. 0511/53 03 80

Fax 0511/53 03 850

www.gdpservice.de

service@gdpservice.de

www.gdpservice.de

Color Line · 24143 Kiel



„Investieren statt Zukunft bremsen!“

Der DGB in Niedersachsen und seine Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben Ende Juni vor Beginn der Regierungsklausur an die niedersächsische Landesregierung appelliert, in den kommenden Haushaltsjahren deutlich mehr Investitionen einzuplanen.

Durch die Mehreinnahmen des Landes, konsequenten Steuervollzug und eine gerechte Steuerpolitik auf Bundesebene seien die Ausgaben zu finanzieren. Unter dem Motto „Investieren statt Zukunft bremsen!“ entsorgten GdP, GEW und ver.di symbolisch eine Zukunftsbremse in einer Mülltonne und überreichten Ministerpräsident Stephan Weil sowie Finanzminister Peter-Jürgen Schneider das DGB-Forderungspapier.

Die nach der Klausurtagung bekanntgegebenen Pläne beinhalten zwar einige Verbesserungen, manche Planungen mussten von GdP und DGB anschließend jedoch auch kritisiert werden. Unter anderem hat die rot-grüne Landesregierung erneut beschlossen, dass die Besoldung der Landesbeamtinnen und -beamten in zwei Stufen angepasst werden soll: zum 1. Juni 2017 um 2,5 Prozent und zum 1. Juni 2018 um 2,0 Prozent. Da-

mit will die Landesregierung die Besoldung nach 2015/2016 zum zweiten Mal einseitig ohne Beteiligung der Gewerkschaften festlegen. Der DGB und seine betroffenen Einzelgewerkschaften bewerten dies als Ausdruck einer Beamtenpolitik nach Gutsherrenart. Sie erwarten, dass das Land die Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die Angestellten der Länder abwartet und zukünftig wieder eins zu eins ohne zeitliche Verzögerung auf die Beamtinnen und Beamten überträgt. Dazu wird es auch intensive Gespräche mit den Landtagsfraktionen geben, die den Haushalt beschließen.



Der ver.di-Landesvorsitzende Detlef Ahting (links) mit Ministerpräsident Stephan Weil und dem GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff.



Der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Jörg Mildahn (rechts) mit Finanzminister Peter-Jürgen Schneider.



Vor Beginn der Regierungsklausur Innenminister Boris Pistorius im Gespräch mit Dietmar Schilff. Fotos: CH



Gemeinsam mit der Türkischen Jugend Niedersachsen (TJN) diskutierte Martin Hellweg (Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Landesvorstand) Mitte Juni in Hannover auf Einladung von Bundestagsvizepräsidentin Edelgard Bulmahn zum Thema „Sündenböcke gesucht!“. Unter der Moderation der SPD-Bundestagsabgeordneten Eva Högl sprachen die Teilnehmenden vor allem über das Integrationsgesetz und die dazugehörigen Herausforderungen der Zuwanderung. Hellweg lobte anschließend den angestoßenen Dialog und die aus seiner Sicht gelungene Veranstaltung. Im Bild (v. l. n. r): Yasin Cay (TJN-Mitglied), Semih Senyüz (Vorsitzender TJN), Martin Hellweg, Sümeyye Cöktü (Pressesprecherin TJN), Gülsüm Yesilöz (stellvertretende Vorsitzende TJN). Foto: Fatih Avci



WICHTIGE DETAILS NOCH OFFEN

Politische Bildung: Neue Landeszentrale

Nach zwölf Jahren wird es 2016 in Niedersachsen wieder eine Landeszentrale für politische Bildung geben. 2004 war die Einrichtung unter Ministerpräsident Christian Wulff geschlossen worden. Die GdP hatte diesen Schritt von Anfang an kritisiert und auf mögliche Folgen unter anderem für den Bereich der Extremismus-Prävention hingewiesen. Zudem blieb Niedersachsen das einzige Bundesland ohne eine entsprechende Landeszentrale.

„Die Abschaffung der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung war eindeutig falsch. Schon damals haben wir uns vehement gegen die Auflösung ausgesprochen“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff.

Nach umfangreichen Vorarbeiten, die zur Wiedereinrichtung nach so langer Zeit notwendig waren, verkündete der federführende SPD-Abgeordnete Marco Brunotte im April 2016 den einstimmigen Entschluss des Landtags: „Das ist ein starkes gemeinsames Zeichen aller vier Fraktionen im Landtag. Ich danke der Opposition für die Einigung auf einen gemeinsamen Antrag.“ Die Entwicklung werde aus dem Parlament heraus begleitet und

unterstützt. Die Regierungsfractionen beschlossen eine Startfinanzierung von einer Million Euro für das Jahr 2016.

„Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind auch in Niedersachsen Probleme, denen ebenso wie dem Linksextremismus und dem Islamismus gerade jetzt stärker entgegenge-



Bisher mussten sich Interessierte aus Niedersachsen bei der Bundeszentrale für politische Bildung informieren.

treten werden muss. Die Wiedereinrichtung der Landeszentrale kann dabei entscheidende Impulse geben“, sagte Schilff.

„Die politische Bildung erhält damit in Niedersachsen einen neuen Motor und mehr Sichtbarkeit“, betonte die niedersächsische Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljajic, in deren Ressort die Einrichtung fällt. „Es wird eine Landeszentrale neuen Typs aufgebaut, die sowohl vorhandene Angebote koordiniert, als auch neue Wege für Information und Beteiligung entwi-

ckelt.“

Geleitet werde die Einrichtung durch eine Direktorin oder einen Direktor. Zudem würden ihr ein Kuratorium und ein Fachbeirat zur Seite gestellt. Das Kuratorium sollen Mitglieder aller Fraktionen im Niedersächsischen Landtag bilden. Es diene der Sicherstellung der politischen Ausgewogenheit. Doch gerade dieser Punkt bringt Bedenken von GdP und DGB hervor. In einer Stellungnahme hatten die Gewerkschaften formuliert, dass trotz einer Vernetzung mit der Landespolitik die Eigenständigkeit gewährleistet sein müsse. „Auch darf die Landeszentrale nicht durch parteipolitische Auseinandersetzungen geschwächt werden, vielmehr sollte ihr Auftrag durch einen parteiübergreifenden Konsens gestärkt werden“, hieß es dazu. Wichtig war dem DGB anschließend unter anderem, dass die Gesamtzahl der Sitze im Kuratorium auf acht begrenzt werde, wobei maximal vier Landtagsabgeordnete sein sollen. Die anderen vier Mitglieder des Gremiums seien dann vom Landtag zu benennende Persönlichkeiten. Nur so könne die Landeszentrale inhaltlich eigenständig arbeiten und nicht für partikuläre Interessen missbraucht werden. Eine Entscheidung darüber stand bei Redaktionsschluss noch aus. **CH**

KOMMENTAR

Jetzt keinen entscheidenden Fehler!

Es war richtig, die Landeszentrale für politische Bildung wieder einzurichten. Doch das maßgebliche Gremium der Einrichtung, das Kuratorium, darf keinesfalls zum Ort von Populisten werden.

Was passiert, wenn Extremisten in spürbarer Anzahl in den Landtag gewählt werden? Dann könnten sich die Feinde der Demokratie – bemessen an der Zahl ihrer Sitze im Parlament – auch im Kuratorium der Landeszentrale wiederfinden. Diese Gelegenheit, ihre kruden Thesen in die offizielle politische Bildungsarbeit des Landes einfließen zu lassen, würden sie sich nicht entgehen lassen. Klappt das

nicht, könnten sie sich öffentlich erneut als zensierte Stimme des Volkes darstellen, die von den vermeintlichen „Systemparteien“ unterdrückt wird. Diese Vorlage darf die Landespolitik nicht machen! Darum gibt es nur eine vernünftige Lösung: Maximal vier von acht Personen im Kuratorium dürfen Landtagsabgeordnete sein, die andere Hälfte muss aus anderen Bereichen des öffentlichen Lebens kommen. Somit wäre zwar die notwendige Vernetzung mit der Landespolitik erreicht, doch den politischen Populisten wäre der Weg auf diese Bühne enorm erschwert.

Christian Hoffmann

NACHRUFE

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbene Kolleginnen und Kollegen:

Dörges, Karl-Heinz 27. 2. 1932
Krs.-Gr. Goslar

Heidhoff, Hinnerk 19. 6. 1948
Krs.-Gr. Osterholz

Neumann, Udo 16. 2. 1956
Krs.-Gr. Osnabrück

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten



AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

Bezirkssenioren Oldenburg

Ende Mai 2016 tagte die Bezirksseniorengruppe Oldenburg wieder im „Etzhorner Krug“ in Oldenburg. Eingeladen als Gast war erneut der Landesseniorenvorsitzende Erwin Jark. Ferner konnte der Bezirksseniorenvorsitzende Horst Mauritschat den Seniorensprecher der Kreisgruppe Wasserschutzpolizei, Reinhard Temme, als neues Mitglied der Bezirkssenioren begrüßen. Aus dem Vorstand der Oldenburger Senioren wurde der Sprecher der Kreisseniorengruppe Cuxhaven, Gerhard Schnoor, vom Vorsitzenden

verabschiedet. Gerhard legt das Amt aus gesundheitlichen Gründen nieder. Er gehörte seiner Kreis- und der Bezirksseniorengruppe seit 16 Jahren an. Wie Gerhard verlauten ließ, wird Olaf Hermann neuer Seniorensprecher der KG Cuxhaven. Erwin Jark und Horst Mauritschat berichteten dann über aktuelle Themen aus dem Landesbezirk sowie aus dem Bezirk Oldenburg: Die Personalratswahlen sind für die GdP erfolgreich in Land und Bezirk verlaufen. Kondolanzanzeigen werden zukünftig aus datenschutzrechtlichen Gründen

nur noch mit Einwilligung in der GdP-Zeitschrift „Deutsche Polizei“ veröffentlicht. APS-Broschüren wurden in neuer Auflage verteilt.

Vom 25. bis 26. Oktober 2016 findet wieder ein Seniorensseminar in Jeddin gen statt. Die Landesseniorenkonferenz wird vom 11. bis 12. April 2017 abgehalten. Anträge sind über den Bezirksvorstand bis zum 15. Oktober 2016 einzureichen. Ein Seniorenausweis kann über die OSG Hilden der GdP mit Hinterlegung eines Passfotos angefordert werden. **Horst Mauritschat/Red.**

Lokale Sicherheitskonferenz

Für die Bezirksgruppe Lüneburg der Gewerkschaft der Polizei hat Ralph Reinhardt Ende Juni an einer Sicherheitskonferenz des SPD-Bundestagsabgeordneten Lars Klingbeil in Walsrode teilgenommen. Der stellvertretende GdP-Bezirksvorsitzende war der Einladung ebenso nachgekommen wie weitere Vertreter der Polizei und der SPD-Innenexperte Ulli Grötsch (Mitglied des Bundestages).

Reinhardt betonte vor gut besuchten Zuschauerrängen in der Walsroder Stadthalle, dass das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nur mit mehr Personal bei der Polizei zu stärken sei. Für präventive Streifenfahrten habe sie inzwischen fast keine Zeit mehr. Gemeinsam mit einigen Zuhörern gab er der Politik den dringenden Hinweis, die Polizeibehörden zeitnah ausreichend zu unterstützen. **CH**

KG Heidekreis

Die Kreisgruppe Heidekreis lädt auch in diesem Jahr ihre Mitglieder zu dem schon traditionell stattfindenden Sommerfest am 25. August 2016, ab 16.30 Uhr, in Bömme ein.

Auch Nichtmitglieder sind willkommen. Für das leibliche Wohl wird gesorgt. Nur Nichtmitglieder zahlen einen Unkostenbeitrag. Anmeldungen werden bis zum 14.08.16 erbeten an: Katrin Jäger, Stephan Bühler, Tel. 05191/93800 oder Wolfgang Reiswig, Tel. 0 51 91/1 35 56.

KG Oldenburg-Stadt

Der Vorstand der Kreisgruppe Oldenburg-Stadt lädt seine Mitglieder zur diesjährigen Jahreshauptversammlung am 23. August 2016 um 16.30 Uhr ein. Die Veranstaltung findet in den Räumlichkeiten der BePo-Kantine (ehemals „Blauer Salon“), Bloherfelder Straße 235, 26129 Oldenburg, statt. Im Anschluss sind alle Angehörigen zu einem Grillbüfett eingeladen. Anmeldungen für die Teilnahme am Essen bitte bis zum 18. August bei Marcus Grube un-

ter der folgenden Erreichbarkeiten: per E-Mail unter marcus.grube-gdp@ewe.net oder mobil unter 01 71-5 48 19 37.

Kreisgruppe Stade

Die GdP-Kreisgruppe Stade lädt am Dienstag, 16. August 2016, um 16 Uhr herzlich zur Jahreshauptversammlung ein. Die Sitzung findet auf dem Gelände der PI Stade (Teichstraße 10, 21680 Stade) vor dem „Schwesterheim“ statt. Im Anschluss wird das jährliche Sommerfest gefeiert. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. **Kathrin Donker**

Anzeige

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Niedersachsen haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Niedersachsen zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de
www.VDPolizei.de

